

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Leskien (PDS):

Herr Präsident, ich stelle den Antrag, daß das Parlament den Minister für Medienpolitik beauftragt, diese Diskussion, die wir nicht im Detail hier fortsetzen können, fortzusetzen im gesetzgebenden Ausschuß für das Mediengesetz. Ist das möglich?

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich denke, das ist kein Geschäftsordnungsantrag, der jetzt diesen Tagesordnungspunkt betrifft. Wir wissen, daß dieses Gesetz demnächst in die Volkskammer kommt, daß die Fragen dann diskutiert werden in diesem Zusammenhang, es bleibt dem Ausschuß unbenommen, sich in den Diskussionen schon gründlich auf diese Gesetzberatung vorzubereiten.

(Beifall bei CDU/DA)

Bitte schön, die nächste Frage.

Dr. Klein (Vereinigte Linke):

Herr Minister! Ich möchte Sie, bezugnehmend auf den Medienbeschluß der Volkskammer, fragen: In welcher Form ist die Öffentlichkeit in die Erarbeitung eines Rundfunküberleitungsgesetzes einbezogen worden? In welcher Form konnte der Medienausschuß an dieser Erarbeitung teilnehmen? Ich frage Sie: Wie hat die Regierung und insbesondere Sie als Minister die Bestandserhaltungs- und Entwicklungspflichten, die auch im Medienbeschluß verankert sind, des überregionalen Fernsehens und des Rundfunks in der DDR gewährleistet? Inwieweit ist er in dem in Kürze vorliegenden Überleitungsgesetz gewährleistet?

Dr. Müller, Minister für Medienpolitik:

Ja, er ist gewährleistet. Ich hatte schon versucht, Ihnen deutlich zu machen, daß wir hier den qualifizierten Diskussionschub durch eine Anhörung erwarten. Bei dem allgemeinen Wunsch auch der Medien, die Öffentlichkeit nun noch zu verstärken und zu potenzieren, dürfte das ein hoher Öffentlichkeitsgrad sein. Die Mediengesetzgebungskommission ist ja erst im Laufe der letzten Wochen in unsere Kompetenz übergegangen. Es war mit ihr aber eindeutig geklärt, wie jetzt die Aufgaben sind, daß bei dem sehr starken Handlungsbedarf, der im Rundfunkbereich besteht, hier eine eigene Arbeitsgruppe arbeitet, daß aber Medienrecht ein umfassenderes Problem ist. Die Mediengesetzgebungskommission ist ja auch schon im Gesetzgebungsplan des Ministerrates vorgesehen. Im Herbst etwa soll ein umfassendes Rahmengesetz für Medienfragen vorgelegt werden.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Damit sind die Fragen beendet. Als nächster spricht für die Fraktion der DSU der Abgeordnete Schwarz.

Schwarz für die Fraktion der DSU:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Professor Bisky, Ihre Bemerkung zu den Wanderern zwischen den Fraktionen und den Parteien habe ich nicht ohne Schmunzeln gehört. Es ist ein interessantes Problem. Aber wir haben ein viel schwierigeres vor, und zwar wollen wir über Medienfragen reden. Das in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit erschöpfend zu tun, ist nahezu ein Unding.

Als Vorsitzender des Medienausschusses muß ich mich also auf das beschränken, was wir jetzt grundsätzlich machen, nämlich eine Bestandsaufnahme. Und Bestandsaufnahme bedeutet

hierzulande eine Aufzählung der Probleme wie überall. Die meisten Bürger, die dieses Land verließen, gingen nicht aus ökonomischen Zwängen, sie gingen unter anderem, weil Verdrehung in Film, Fernsehen, Rundfunk und Zeitung unerträglich wurden,

(Beifall bei der CDU/DA- und der DSU-Fraktion)

weil von den Bildschirmen mit einer Frechheit und Arroganz gelogen wurde, daß man seelisch krank werden konnte.

(Beifall bei der CDU/DA- und der DSU-Fraktion)

Und ich wage zu behaupten: Die Medien haben vielen Bürgern im Land das Rückgrat gebrochen, gebeugt, haben sie seelisch verkrüppelt.

Der Zufall will es, daß morgen ein zweites, genauso drängendes Problem auf der Tagesordnung steht - die Bildung und Erziehung. Oft haben wir mit Wut, vor allem in Dresden, Schnitzlers Schmutzkübel gesehen, weil selbst in diesen Sendungen ein bißchen Information zwischen den Zeilen herausgelesen werden konnte. Selbst die leichten Verbesserungen, die AK 1 nehme ich hier aus, in dem zweiten Programm können nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Deutschen Fernsehfunk noch eine Riesensarbeitsleistung zu bewältigen ist.

(Beifall bei der CDU/DA-, der DSU- und der SPD-Fraktion)

Können sie es von unten durch den Personalrat oder von oben durch irgendwelchen Dirigismus oder auf dem Wege der Ausschreibung, der jetzt in Gang kommt? Zum besseren Verständnis möchte ich folgendes kurz darlegen: Es gibt zwei Anbieter, das wissen Sie, öffentlich-rechtliche Anstalten, die sich durch die Gebühren erhalten, und private, die durch Werbung und Sponsoren am Leben bleiben. Dieser Dualismus ist ein echtes wettbewerbsförderndes Marktgesetz. Natürlich haben die öffentlich-rechtlichen einen konkreten Auftrag, Beiträge zur Information, zur Kultur und zur Unterhaltung zu bringen. Diesem Auftrag ist durch Mediengesetze eine rechtliche Grundlage zu geben. Sie müssen als wichtigstes Prinzip enthalten die Staatsferne, d. h., Rundfunk, Fernsehen, also alle Medien müssen kritische Begleiter dieser Zeit sein.

So, nun spreche ich auch zu Ihnen als DSU-Mann. Ich vermisse in allen unseren Medien die Ausgewogenheit, ich vermisse die sachliche Berichterstattung.

(Beifall)

das Unterscheiden von Nachricht und Kommentierung. Das Verschweigen einer Nachricht ist schon eine Form der Lüge.

(Zuruf: Sehr wohl!)

(Beifall)

Die Einseitigkeit eines Berichtes, eines Interviews - eine Beugung der Wahrheit.

(Zuruf: Wem sagen Sie das!)

Welche Personen, Herr Gysi, beherrschen auf dem Bildschirm die Szene, sind scheinbar allgegenwärtig, sorgen für Zündstoff,

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

für Sensationen, für Effekte.

(Gelächter - Beifall)

Ich hörte im Rundfunk Gesprächsrunden, die mit Gesinnungsfreunden so präsent waren, daß die gähnende Langeweile nur durch dauerndes Hauen in ein und dieselbe Kerbe sich noch einigermaßen in Grenzen hielt.

(Gysi, PDS: Nur im Westfernsehen, in der DDR ist das nicht.)